Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

# Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

## DFG Projekt Die Grenzboten

## Die Grenzboten

### Berlin u.a., 1841 - 1922

Galizien

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Visual Library




# Galizien

Das Sprichwort sagt: Aus Galizien hört man selten etwas, und wenn man etwas hört, dann sicher nichts Gutes. Die Klage über die Armut des Landes ist ebenso alt wie begründet, aber die Mittel zur Hebung des Wohlstandes, die falsche Apostel in Umlauf gebracht haben, haben nur noch größern Ruin herbeigeführt. Ein deutscher Reichsratsabgeordneter hat festgestellt, daß allein seit der Einführung der öffentlichen Rechnungsablegung in Österreich der Gesamtstaat unter verschiednen Titeln über vier Milliarden Gulden an das ewig passive Königreich Galizien gewandt hat. Trotzdem sind die Kulturzustände dort die allertraurigsten nach jeder Richtung hin. Der Vorstand des Vereins der Volksschullehrer wies im Jahre 1897 in einer Petition an das Abgeordnetenhaus aus dem Schulbericht des Landesschulrats nach, daß in Galizien die Zahl der Analphabeten 4492760 betrug, daß 2558 Gemeinden keine Schule hatten, und 700000 schulpflichtige Kinder ohne Lehrer waren, daß 1000 errichtete Schulklassen wieder hatten geschlossen werden müssen, und daß trotzdem über 1000 Personen ohne gesetzliche Prüfung als Lehrer verwandt wurden. Auch die letzte Volkszählung von 1900 bestätigt, daß in dem Lande der Schlachta noch nicht einmal der dritte Teil der Bevölkerung die elementarsten Schulkenntnisse hat. Die Einwohnerzahl betrug 7317023, lesen und schreiben konnten nur 2210453, bloß lesen 460154, weder lesen noch schreiben 4646416 Galizier. Die Zustände in Schule und Gericht sind eben dort noch schlechthin barbarisch, und dabei hängt Galizien geradezu als Parasit am Reiche und fristet auf Kosten der übrigen „Kronländer“ sein kümmerliches Dasein.

Die Steuerrückstände belaufen sich durchschnittlich auf 32 Prozent, in der Landeshauptstadt Lemberg sogar auf 60 Prozent. Der österreichische Staat leistet dem Schlachtzizentum ebenso unentbehrliche aber uneigennützigere Dienste, als die es sind, wozu sich der polnische Gutsherr seinen „Faktor“ hält. Von der allgemeinen Korruption und Sittenverderbnis, die von der Schlachta und dem mit ihr verbundnen Judentum ausgehn und in allen öffentlichen Ämtern und Anstalten herrschen, geben die zahlreichen Skandalgeschichten und die öffentlichen Verhandlungen im Parlament hinreichend Zeugnis. Wenn man berück-



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

sichtigt, was das Reich für das tatsächlich arme Land tut, und welche wirtschaftlichen Wohltaten allein die zahlreichen und ansehnlichen Garnisonen für die im allgemeinen verkehrslosen und verarmten Städte bedeuten, wenn man außerdem wahrnimmt, wie der Staat eigentlich jedem polnischen Wunsche nachgibt und außer seiner Militärhoheit so gut wie keine andre mehr in dem Lande hat, so sollte man meinen, es werde dort wenigstens eine dankbare und freundliche Gesinnung anzutreffen sein. Aber eher das Gegenteil ist der Fall, und das Militär muß nicht selten seine Rechte gegen die von Polen besetzten Behörden vertreten. Es gibt darum auch nur wenig österreichische Offiziere, die ihre Versetzung nach Galizien nicht mit Unbehagen empfinden. Kaum die großen Städte Krakau und Lemberg machen hier eine Ausnahme, weil da das Offizierkorps stark genug ist, seine geselligen und Bildungsinteressen im eignen Kreise pflegen zu können. Wollen sie freilich ihren Kindern eine ausreichende nichtpolnische Bildung geben, so sind sie genötigt, sie in Schulanstalten der westlichen Provinzen zu schicken.

Es hat keinen Zweck, die Schilderung dieser Zustände weiter fortzusetzen, denn sie haben allgemein eine nur zu traurige Berühmtheit erlangt. In Österreich ist die Empfindung, daß es so auf die Dauer nicht weiter gehn könne, in den weitesten Kreisen verbreitet, und die Frage der Sonderstellung Galiziens ist darum schon oft aufgeworfen worden, zuletzt auch in dem sogenannten Pfingstprogramm der „deutschen Gemeinbürgschaft." Wenn dieses in einem Atem das unbedingte Festhalten an der gegenwärtigen Verfassung und zugleich die Sonderstellung Galiziens, also eine Änderung der Verfassung verlangt, so ist das ein Widerspruch, der seine Erklärung nur in den verschiednen staatsrechtlichen Anschauungen und ungeläuterten Meinungen in den Gruppen der deutschen Linken findet, vor allem aber in dem Hang zur Bequemlichkeit, der am liebsten ohne jede politische Arbeit dahinleben möchte. Daß man den Wunsch der Deutschnationalen seinerzeit in das Pfingstprogramm aufgenommen hat, war unter den damaligen Verhältnissen begreiflich, hat aber nicht die geringste politisch praktische Bedeutung und könnte sogar Schwierigkeiten bereiten, wenn wirklich einmal die Zeit käme, wo man an die Verwirklichung des Programms gehn wollte.

Der Gedanke einer Sonderstellung Galiziens ist zum erstenmal im Jahre 1848 aufgetaucht, wo die Polen in Wien als Führer der Revolution eine große Rolle spielten und die Lostrennung Galiziens mit Unterstützung der Ungarn betrieben. Daß damit Bestrebungen und Träume auf Wiedererrichtung des polnischen Reiches verknüpft waren, liegt auf der Hand. Dann ruhte die Angelegenheit, und nach dem Scheitern des polnischen Aufstandes von 1863 war man in Galizien recht kleinlaut geworden. Als aber in der österreichischen Monarchie der Dualismus eingeführt wurde, und die Deutschen diesem auf den Rat Kaiserfelds und Dr. Rechbauers nach kurzem Befremden zugestimmt und damit die Deutschen in Ungarn den Magyaren ausgeliefert hatten, um die ihnen zugefallne Herrschaft in „Cisleithanien" bequemer ausüben zu können, ging auch das Paktieren mit den Polen los. Eine Resolution des galizischen Landtags stellte im Jahre 1879 ein Programm auf, das in Bezug auf die Sonderstellung Galiziens mit den Bestrebungen von 1848 so ziemlich auf dasselbe

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

hinauskam. Schon in dem Jahre vorher hatten die Deutschliberalen ein Übereinkommen mit den Polen getroffen, daß auf dem Wege der Verordnung in Galizien die polnische Amtssprache statt der deutschen eingeführt werden sollte. Man opferte aus dem schon erwähnten Grunde jetzt auch die Deutschen in Galizien sowie die deutschfreundlichen Ruthenen den Polen, statt damals die Gelegenheit zu benutzen, ein Staatsgrundgesetz über das Sprachenrecht und die Festsetzung des Deutschen als Sprache der Zentralbehörden und des Parlaments durchzusetzen, was mit Hilfe der Polen für das Zugeständnis in Galizien möglich gewesen wäre, um so sichrer, wenn man zugleich die den Südtirolern gewährte italienische Amtssprache mit in das Gesetz einbezogen hätte. Die Ministerialverordnung für Galizien vom Jahre 1869 trägt die Unterschriften der deutschen Minister Herbst, Hasner, Plener, Giskra, Brestel. Diese haben also selber den ersten Streich zum Abbruch ihrer Staatsgrundfeste getan, indem sie die erste Sprachenverordnung erließen, deren folgerichtige Fortsetzung für Böhmen und Mähren unter Badeni dann der Anlaß zu den nun schon über fünf Jahre währenden Sprach- und Parlamentswirren wurde. Ohne jede Gegengewähr, bloß um des Trugbildes eines deutsch-polnischen Bündnisses willen, gaben damals die deutschen Führer wieder ein Stück ihres Erbes hin, wie schon kurz vorher den Magyaren, von deren Dankbarkeit sie auch eine Stütze ihrer parlamentarischen Herrschaft in Österreich erhofft hatten. Den Ungarn ist so etwas gar nicht eingefallen; sie haben es in richtigem nationalem Egoismus so lange mit den Deutschen in Österreich gehalten, so lange diese in der Herrschaft waren, und sie werden auch nur so lange für die parlamentarische Regierungsform in Österreich eintreten, als sie nicht bei einem etwa eintretenden Absolutismus ein besseres nationales Geschäft machen können. Daß die galizischen Polen den Deutschösterreichern gegenüber nicht anders gehandelt haben, braucht gar nicht weiter ausgeführt zu werden, weil das in der Politik selbstverständlich ist. Namentlich haben sie es auch noch unter Taaffe ausgezeichnet einzurichten gewußt, als unentbehrlicher Bestandteil der slavisch-klerikalen Mehrheit die größten Vorteile für ihr Land herauszuschlagen. Die politische Kurzsichtigkeit der deutschen Doktrinäre hat seinerzeit nicht nur die gequälten und auf die deutsche Hilfe fest vertrauenden Ruthenen der Schlachta ausgeliefert, sondern auch die nicht in geringer Anzahl in Galizien lebenden Deutschen, die sich ganz wohl hätten erhalten lassen mit und neben den zahlreichen Juden, die seit den Zeiten Kasimirs des Großen und der Hansa das Deutsche als Handels- und Geschäftssprache benutzen und sich auch von den Polen nicht darum bringen lassen. Diese hatten aber natürlich keinen Grund, sich für die deutsche Amtssprache, die von der deutschen Regierung aufgegeben wurde, einzusetzen, umsomehr als sie sich einstweilen von dem Zusammengehn mit den Stanczyken größere geschäftliche Vorteile versprechen.

Im Zusammenhang mit dem Sprachenerlaß für Galizien steht noch ein zweiter Erfolg, den die Polen später unter dem Ministerium Adolf Auersperg errangen. Dieses kam ihrer Forderung auf Sonderstellung des Landes soweit nach, daß die Autonomie des galizischen Landtags eine ansehnliche Erweiterung erfuhr. Danach kann dieser eine ganze Reihe von Angelegenheiten selbständig regeln, die in den übrigen Kronländern der Reichsgesetzgebung vorbehalten sind,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

ohne daß den Polen dafür ihre Stimme im Reichsrate für die Fälle entzogen worden wäre, in denen es sich um Ordnung von Angelegenheiten der andern Kronländer Österreichs mit Ausnahme Galiziens handelt. Auf dieser politischen Anomalie beruht in der Hauptsache die gegenwärtig so einflußreiche Stellung der Polen. Sie beschließen mit über Dinge, die Galizien nichts angehn, sie polonisieren und zentralisieren dort nach Herzenslust, aber sie schwärmen im Reichsrate für eine schrankenlose Gleichberechtigung im nichtgalizischen Österreich, sie untergraben damit die geschichtliche Stellung des Deutschtums, aber sie können sich diesen Scherz leisten, denn Dankbarkeit für die ihnen einst von den Deutschliberalen zugewandte politische Gefälligkeit empfinden sie in ihrem nationalen Hochmut nicht, und überdies können sie die Politik der Gleichberechtigung leicht mitmachen, weil sie vor ihrer Anwendung auf Galizien durch die erweiterte Autonomie des Landtags gesichert sind.

Man muß zugeben, daß darin eine politische Ungeheuerlichkeit liegt, und daraus wird erklärlich, daß die Deutschnationalen auf die Forderung der Sonderstellung Galiziens verfallen sind. Sie verstehn darunter in der Hauptsache die Ausscheidung der galizischen Stimmen im Reichsrate bei allen Westösterreich und Galizien nicht gemeinsamen Angelegenheiten. Eine solche Sonderstellung Galiziens würde die Gesetzgebung für Westösterreich von dem polnischen Einflusse loslösen und die Zahl der Slaven in Westösterreich vermindern, was natürlich den Deutschen zu gute kommen würde. Das ist alles ganz richtig, leider aber undurchführbar; der alte Fehler wird sich nicht so leicht wieder gut machen lassen. Den Deutschnationalen könnte es freilich ziemlich gleichgiltig sein, wenn die Durchführung ihrer Forderung auch mit einer noch weiter gehenden Selbständigkeit Galiziens enden würde. Aber die übrigen Mitentscheidenden dürften darüber andrer Meinung sein. Daß weder Deutschland noch Rußland, namentlich bei der heutigen Unruhe des Polentums, über eine größere Erweiterung der politischen Selbständigkeit Galiziens erfreut sein würden, mag hier als eine die äußere Politik berührende Frage unerörtert bleiben, aber die Krone würde eine solche dem weitern Föderalismus Vorschub leistende Maßregel nicht zugeben. Ferner werden sich die Polen selbst mit Händen und Füßen dagegen wehren, in eine Sonderstellung ihres Landes zu willigen. Sie fühlen sich in dem bestehenden Verhältnis recht wohl, weil sich dabei alle möglichen finanziellen Vorteile für das ewig passive Galizien herausschlagen lassen, während jede Sonderstellung, auch bei einer hohen Dotierung vom Reich, doch nur den zukünftigen Bankrott des Landes bedeuten würde. Bei der heute allgemein betriebnen „Postulatenpolitik" der einzelnen Nationalitäten, soviel Finanz- und Sprachvergünstigungen wie möglich zu erwerben, das möchte den Polen schon gefallen, sie haben ja auch vor kurzem wieder einen reichhaltigen Wunschzettel präsentiert — aber sich loslösen zu lassen von der guten Nährmutter Österreich, die nur zu geben aber nichts zu sagen hat, darauf werden sie niemals eingehn. Daß die Tschechen und die Slovenen ebenfalls dagegen sein würden, liegt auf der Hand, denn sie werden keineswegs freiwillig dazu bereit sein, den slavischen Einfluß in Österreich zu Gunsten des deutschen zu mindern. Auch die Konservativen im klerikalen Lager wie im Großgrundbesitz werden sich schwerlich dazu bewegen lassen,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

daß der Einfluß des polnischen Adels in Westösterreich beseitigt würde, und so ergibt sich als trocknes Resultat, daß die Forderung der Deutschen wegen der Sonderstellung Galiziens auf keiner Seite Unterstützung finden würde. Um das durchzusetzen, sind die Deutschen allein, auch wenn sie einig wären, nicht stark genug, denn wären sie es, so brauchten sie die Sonderstellung Galiziens gar nicht und könnten so regieren, wie sie wollten. Es geht aus dieser rein sachlich gehaltnen Darstellung hervor, daß es sich bei der Forderung auf Sonderstellung Galiziens, so berechtigt die Grundlage dafür auch ist, doch nur wieder um eine der politischen Träumereien handelt, denen sich die Deutschösterreicher so gern hingeben, an die sie ihre beste Kraft verschwenden, und aus denen sie die nötige Bitterkeit und Unzufriedenheit ziehn, daß sie sich bei jeder Gelegenheit durch die kapitalistische Presse zur Opposition gegen jedes Ministerium, auch das deutschfreundlichste, verhetzen lassen. Auch in dem vorläufig ganz undenkbaren Falle, daß wirklich ein Ministerium die Sonderstellung Galiziens im deutschen Sinne ins Werk setzen wollte, könnte man mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß gerade die Deutschen ihm mit dem größten Mißtrauen gegenüberstehn, es in allen andern Fragen bekämpfen und vielleicht in der Hauptfrage, wenn ihnen irgend eine Klausel nicht gefiele, im Stiche lassen würden. Die Entwicklung, die die galizischen Dinge genommen haben, zeigt wieder einmal, wo die grundlegenden Fehler gemacht worden sind, und daß auch die schönsten „Postulate" nicht darüber hinweg helfen, sondern daß es emsiger, einmütiger und langjähriger Arbeit bedarf, will man nach und nach, Schulter an Schulter geschlossen, Schritt für Schritt den einstigen sichern Boden des Deutschtums wiedergewinnen, der heute tief unter den wüsten Trümmern der politischen Luftschlösser der „unfehlbaren Doktrinäre" des einstigen Deutschliberalismus begraben liegt.

Die Polen haben in Galizien ganz anders für die Förderung ihrer Nationalität gesorgt. Es ist nun freilich eine eigne Art, von der alle einsichtigen Westeuropäer behaupten, daß sie zu nichts Gutem führen kann, aber polnisch ist dort alles. Vor fünfunddreißig Jahren hatte die Stadt Lemberg noch einen gut deutschen Charakter; man gehe jetzt hin und sehe, was daraus geworden ist. Niemand verhindert es heute, daß Galizien der Hauptherd der großpolnischen Propaganda ist, wenn auch die obersten Führer in Russisch-Polen sitzen, wo man ihnen allerdings keine agitatorischen Mittelpunkte zuläßt, die sie darum in das duldsame Österreich, nach Krakau und Lemberg, verlegt haben. Die Politik des einstigen polnischen Reichs ist immer nur von einigen Magnatengeschlechtern geleitet worden, und zwar gewöhnlich in einer den Neigungen und Wünschen des Volkes gerade entgegengesetzten Richtung. Das Reich ist zwar längst verschwunden, aber das Vorrecht der Schlachta ist geblieben, und nach wie vor wird die polnische Politik nur von der Schlachta gemacht. Zwar gedeiht Galizien unter der Herrschaft des polnischen Adels nicht besonders, aber für die polnische Aristokratie ist dieser Zustand doch recht angenehm und auch einträglich. Alles ist ihr untertänig, sogar der Beamte, der den kaiserlichen Adler auf den Rockknöpfen trägt. Bestünden nicht die starken österreichischen Garnisonen im Lande, so würde der weiße polnische Adler den kaiserlichen Doppelaar vollkommen verdecken. Der Pole fühlt sich

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

immer als Pole, und zwar als „Großpole," Galizien ist ihm nicht eine Provinz der habsburgischen Monarchie, sondern einer der „drei Anteile Großpolens." Kehrt der galizische Pole einmal sein Österreichertum hervor, dann will er sicher etwas vom Staate ohne Gegenleistung haben, oder er mißbraucht die dem Polentum immer willfährigen kaiserlichen Beamten, um seine persönlichen oder Klassenzwecke zu fördern. Seit dem mehr und mehr fortschreitenden Rückgang der Gutswirtschaft drängt sich der jüngere Nachwuchs des polnischen Adels eifrig in die Verwaltungsbeamtenstellen, in die höhere katholische Hierarchie, an die Universitäten, Banken usw. Das sind alles Stellungen, die eine sichere Einnahme gewähren und außerdem so geartet sind, daß in die linke Hand noch mehr fließen kann, als in die rechte von Rechts wegen gehört. So hat sich die Lage immer mehr dahin ausgebildet, daß die gesamte Verwaltung, vom Statthalter herab bis zum jüngsten Bezirkskonzipisten, als politische und gesellschaftliche „Faktoren" der Stanczyken deren Geschäfte mit Hingebung und vor allem — unentgeltlich besorgen. Daß auch die Gerichte, seltene Ausnahmen abgerechnet, denselben Standpunkt einnehmen, sei nur beiläufig bemerkt. So hat tatsächlich das gesamte Behördenwesen einen familienhaften Charakter angenommen, denn einige dreißig Adelsfamilien und ihr weitverzweigter Anhang teilen sich förmlich in das Land, sie setzen den Polenklub zusammen, dirigieren den Landsmannminister, sie erfreuen sich der Beihilfe des Statthalters, wenn er einer der ihrigen ist, und sie bringen ihn aus dem Amte, wenn er es nicht ist. So hat jeder Statthalter, der es bleiben will, in der Stärkung und Befriedigung der den Polenklub bildenden Schlachta seine Hauptaufgabe zu erkennen.

Der österreichische Staat gilt dort nichts mehr, seit er sich selbst aufgegeben hat, wenigstens nichts bei den Schlachtzizen, und für die Analphabeten der beiden in Galizien wohnenden Nationalitäten, die sich ja sonst auf Tod und Leben bekriegen, erscheint der kaiserliche Statthalter und das ganze Heer der Beamten als Kämpfer und Führer des polnischen Teils, und so gilt bei ihnen die Meinung, daß der Kaiser in Wien die Politik der Schlachta, die Unterdrückung der Bauernschaft und die weitere Zurückdrängung der Ruthenen billige. Seitdem Kaiser Joseph der Zweite durch sein Edikt vom 5. April 1782 in Galizien die Leibeigenschaft der Bauern aufgehoben hatte, galt der kaiserliche Beamte bei dem galizischen Landvolk als wohltätige, verehrte Erscheinung, der alle zu willen waren. Es leben heute noch Leute genug, die bestätigen können, daß sich vor fünfzig Jahren und später ein deutscher Reisender, der kein Fuhrwerk bekommen konnte, nur als „kaiserlicher Kommissär" auszugeben brauchte, und der polnische Bauer fuhr ihn ohne Widerrede, wohin er wollte, womöglich umsonst. Heute ist der sogenannte „kaiserliche" Beamte bei denselben Leuten meist der bestgehaßte Mann; das gequälte, sich rechtlos fühlende Volk tritt ihm oft feindselig entgegen, und dann muß die Waffe des Gendarmen das entscheidende Wort sprechen. Der polnische Adel hat dafür weder Gefühl noch Verständnis, denn daß er allein berechtigt ist, gilt als altpolnische Überlieferung. Der Adel war im Königreich Polen ausschließlich im Besitz aller politischen Rechte, er allein machte den Staat aus. Polen war eine Republik, aus einigen hunderttausend adlichen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Souveränitäten zusammengesetzt, deren jede im unmittelbaren Verhältnis zum Staate stand, nur der Gesamtheit unterworfen war und keine Art von lehnsherrlicher Beziehung oder feudaler Abhängigkeit anerkannte. Kein polnischer Edelmann stand unter der Hoheit eines andern, sogar der Diener, sofern er nur Edelmann war, hatte dieselben politischen Rechte wie sein Brotherr, und der unbedeutendste unter ihnen trat auf dem Reichstage in den vollen Genuß des Teils der Souveränität, die für alle ohne Unterschied gleich war. In Polen war nichts erblich als dieses gleiche Vorrecht des Adels. Von dieser Grundlage aus war schließlich das Königtum machtlos und der Bauer rechtlos gemacht worden; daran ging auch das Reich zu Grunde. Alle Reformen, die nach der Teilung Polens Preußen, Österreich und Rußland eingeführt hatten, empfindet der polnische Adel als eine Beschränkung seines geschichtlichen Vorrechts, und seine Bestrebungen sind von jeher, meist auf dem Wege der Revolution, dahin gerichtet gewesen, diese Rechte wieder zu erlangen. Das wäre natürlich nur durch die Herstellung des polnischen Reichs möglich, denn ein andrer Staat verträgt dergleichen nicht, ganz abgesehen davon, daß ein erneutes polnisches Reich es auch nicht vertragen könnte. Aber wo er die Macht dazu hat, versucht der polnische Adel die frühern Zustände so weit wie möglich wieder herzustellen, und in Galizien ist ihm das unter den dort herrschenden Verwaltungsverhältnissen nach vielen Richtungen hin auch gelungen. Aber, wie der spätere Reichskanzler Fürst Bismarck am 16. März 1867 im konstituierenden Reichstage des Norddeutschen Bundes gegenüber dem Protest des polnischen Abgeordneten Kantak sagte: „Der Bauer hat stets mit großer Energie gegen jeden Versuch, die Zustände, von denen er durch seine Väter gehört hatte, wieder herzustellen, zu den Waffen gegriffen in Reih und Glied — mit einer Energie, welche die (preußische) Regierung im Jahre 1848 nötigte, im Interesse der Menschlichkeit andre als polnische Truppen gegen die Aufständischen (Polen) zu verwenden. . . . Wodurch ist die polnische Bewegung in Westgalizien zum Stillstand gekommen? Weil der polnische Adel sich überzeugte, daß der Bauer durchschaute, wohin er zielte, nämlich zur Wiederherstellung Polens; da hat der polnische Bauer einen Schreck bekommen und hat sich weggewendet von der Bewegung und von den Vorspieglungen, die ihm von seiten des Adels gemacht worden waren. Auch der Adel hat einen Schreck bekommen, wenn er an die furchtbaren und verbrecherischen Bluttaten der Bauern im Jahre 1846 (wo die Bauern in Galizien den Adel totschlugen) dachte, er hat den Säbel eingesteckt und lebt einstweilen im Frieden mit der österreichischen Regierung. Ich glaube, ich brauche das nur anzuführen — und die Herren polnischer Zunge kennen die Verhältnisse besser als ich —, um die Behauptung zu unterstützen, daß selbst die sechs Millionen Polen nicht die Absicht haben, von ein paarmal hunderttausend polnischen Edelleuten von neuem beherrscht zu werden. Auch der Verlauf der Insurrektion (1863) in Rußland zeigt dies. Ich will die russische Herrschaft nicht als eine besonders milde rühmen, aber der polnische Bauer hat zu ihr doch mehr Zutrauen als zu der Herrschaft seines adlichen Landsmanns."

Die Verhältnisse haben sich seit jener Zeit wohl einigermaßen aber nicht wesentlich geändert, und sie beweisen, daß die großpolnische Bewegung, so viel

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Lärm sie auch von sich macht, nicht auf breiter nationaler Grundlage beruht, und ebensowenig die Herrschaft der Schlachta. Der Grundbesitz leidet nicht nur unter der allgemeinen mißlichen Lage der Landwirtschaft, sondern auch an dem althergebrachten Unverstand und der Leichtfertigkeit des adlichen Wirtschaftsbetriebs. Der Großgrundbesitz verschuldet infolge dessen immer mehr, die Grundrente sinkt immer tiefer, und die Masse der Bauern und der Landarbeiter wird immer mehr ausgebeutet. Daher kamen auch während der letzten Ernte die Arbeiterstreiks, zu deren Erregung es kaum besondrer nationaler oder sozialistischer Agitationen bedurfte. Wer eben die Entwicklung des letzten Jahrzehnts mit unbefangnen Augen überschaut, dem kann nicht entgehn, daß die Schlachtzizenherrschaft in Galizien den Höhepunkt überschritten hat. Dieser war unter der Statthalterschaft des spätern Ministerpräsidenten Grafen Badeni erreicht worden. Unter seinem Vorgänger, dem Statthalter Zaleski, war die Beamtenlotterei in allen Verwaltungszweigen geradezu zum Skandal geworden. Die Abkömmlinge der feudalen Herren hatten ihre Unfähigkeit und Faulheit wie ihren unstillbaren Hunger nach Lebensgenuß in Berufskreise eingeführt, in denen pflichttreue Arbeit das erste Erfordernis ist. Sogar die Beamten der Statthalterei kamen nie vor elf Uhr ins Bureau und ließen sich den Tag über nur wenig Stunden dort sehen. Graf Kasimir Badeni erkannte, daß der grenzenlose Leichtsinn, mit dem auch die ernstesten Dinge behandelt wurden, die Adelsherrschaft untergraben mußte, und er griff ein. Schon die Forderung, daß die Beamten der Statthalterei in Lemberg um neun Uhr früh im Bureau zu erscheinen hätten, trug ihm den Ruf eines „eisernen Mannes“ ein. Aber sein Beispiel und sein Einfluß wirkten, und während der fast achtjährigen Dauer seiner Statthalterschaft hatte Galizien den bisher unerhörten Ruf eines geordnet verwalteten Landes erhalten. Dieser energische Pflichteifer, den man freilich in andern Staaten schon von einem Kanzleivorsteher fordert, hatte dem Grafen Badeni rasch den Ruf eines genialen Verwaltungsbeamten eingetragen, und so konnte es gar nicht fehlen, daß er in Österreich, wo man schon so lange nach dem rettenden Manne mit dem unfehlbaren Regierungsrezept suchte, auch Ministerpräsident wurde. Es ist mehr als hinreichend bekannt, daß er sich hierzu als durchaus ungeeignet erwies und bald zum Spielball der slavisch-klerikalen Majorität wurde. Aber eine Glanzzeit für das eitle Polentum war seine Ministerzeit doch, und staunend sah die Reichshauptstadt bei einer Hochzeit im Hause Badeni die ganze verschollne polnische Adelspracht mit Kontusch und Krummsäbel, Goldverzierungen an Gewand und Waffen, mit Diamanten und Perlen in den Straßen Wiens an sich vorüberziehn. So weit war es in Österreich schon gekommen. Aber nur wenig Monate darauf verkündete die Polizei der bis zur Empörung erregten Bevölkerung von Wien eifrig und verständnisinnig, daß der Kaiser das polnische Ministerium entlassen habe.

(Schluß folgt)

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG